

## **Die sowjetische Langzeitstrategie, Klimaschutz, Mauerfall und das Grundgesetz**

Der ehemalige Präsident des BA für Verfassungsschutz, Herr Dr. HG Maaßen, teilte im Jahr 2023 erstmals öffentlich mit, dass das Klimaschutz-Narrativ auf einer Strategie des sowjetischen Geheimdienstes KGB aus den 1960er Jahren zur Unterwanderung des Westens beruht.

<https://www.youtube.com/watch?v=l2kctjmoDqI>

Mit Wirkung vom 19.03.2025 wurden die Begriffe „Klima“ und "Klimaneutralität bis zum Jahr 2045" erstmals ins Grundgesetz aufgenommen (neuer Artikel 143 h). Im Beitrag der LTO heisst es dazu: <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/sondervermoegen-klimaschutz-klimaneutral-grundgesetz-2045>

*„Die staatlichen Pflichten zur Herstellung der Klimaneutralität, wie sie sich etwa aus dem Bundes-Klimaschutzgesetz (KSG) ergeben, bleiben dadurch jedoch unberührt“.*

Und weiter schreibt die LTO:

*„Bereits in seinem bahnbrechenden Klimabeschluss aus dem Jahr 2021 entnahm der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) dem Staatsziel Umweltschutz aus Art. 20a GG eine Verpflichtung zum Klimaschutz. Da der klimatische Zustand der Erde maßgeblich durch die durchschnittliche Temperatur bestimmt wird, die ihrerseits durch menschengemachte Treibhausgasemissionen angeheizt wird, ziele der Klimaschutz, so das BVerfG, letztlich darauf ab, einen fortschreitenden Temperaturanstieg durch weitere Treibhausgasemissionen zu verhindern. Umweltschutz im Sinne von Art. 20a GG bedeutet also unter anderem Klimaschutz und dieser wiederum vor allem Klimaneutralität. Als konkretisierungsbedürftige, aber gleichwohl justiziable Rechtsnorm bindet der Klimaschutzauftrag des Art. 20a GG auch die Legislative.“*

Der Klimaschutz – Herr Dr. Maaßen bezeichnet ihn als Mittel zum Aushebeln des Grundgesetzes – hat nun seinen Platz im deutschen Grundgesetz gefunden. 35 Jahre nach Mauerfall und Deutscher Einheit wurde eine ‚Krebszelle‘ in das Grundgesetz implantiert, ein später Sieg der KGB-Klimaschützer! Vermutlich werden in wenigen Monaten die ersten Urteile gegen Autofahrer gefällt werden, die mit ihrer privaten Mobilität gegen das nun im Grundgesetz festgelegte Ziel der Klimaneutralität verstoßen.

Über die Umsetzung der Langzeitstrategie wurden 1966 von den Sowjets auf einer Tagung die Mitglieder des Warschauer Pakts informiert:

<https://www.weltoktober.de/leseprobelang.html>

### **1960 wurde vom sowjetischen Partei-und Regierungschef Chruschtschow der Berliner Mauerbau angeordnet - mit ungeplanten Konsequenzen**

Er wurde nach geheim gehaltener Planung von den Ostberliner Behörden am 13. August 1961 ausgeführt. Bis zu diesem Tag gab es innerhalb Berlins zwischen den Westsektoren und dem sowjetischen Sektor keine Grenze mit Übergangsstellen, Paß und Zollkontrolle. Man ging über die Straße oder fuhr eine U-Bahn Station weiter und war aus der DDR ausgereist. Mit dem Mauerbau wurden dann Grenzübergangsstellen eingeführt, die Ausreise für DDR-Bürger war zunächst privat nicht mehr möglich. Erst die Helsinki-Vereinbarungen Anfang der 1970er Jahre ermöglichten in beschränktem Maße zeitweilige und dauerhafte Ausreisen.

Was die Sowjets nicht bedacht hatten: Ihre den sozialistischen Vasallen im Copy-Paste-Verfahren übergestülpte Planwirtschaft funktionierte nach dem Mauerbau im einzigen Industrieland des Ostblocks nicht. **Die DDR stand vor dem Bankrott - weil der**

**Export und damit die Deviseneinnahmen stark zurückgingen.** Im Gegensatz zur Sowjetunion importierte die DDR Rohstoffe und exportierte Industrie- und Konsumgüter, überwiegend gefertigt auf Maschinen, die bis 1961 von Firmen hergestellt wurden, die mittlerweile im Westen Deutschlands angesiedelt waren. Ersatzteile mussten in Westmark bezahlt werden – die gab die DDR-Staatsbank aber nur, wenn dafür eine Position im Volkswirtschaftsplan existierte. Zur Erinnerung: Die DDR-Mark war eine Binnenwährung, die nicht konvertibel war. Jedoch konnten nur konkrete Produkte im Vorjahr für das neue Planjahr zur Beschaffung vorgesehen werden – für Havarien und Ersatzteilimporte gab es keine Planung, man wusste ja nicht, was kaputt ging. In der Sowjetunion war diese Konstellation unbekannt und darum auch nicht in den Importpositionen ihres Volkswirtschaftsplanes vorgesehen. Bei großen Anlagenimporten der Sowjetunion aus dem Westen wurden für bis zu 10 Jahre Positionen für Ersatz- und Zubehörteile pauschal eingeplant. Sie waren an das Projekt gebunden.

Mit einem Schlag war ab 1962 die sowjetische Doktrin von der siegreichen Arbeiterklasse, die den Kapitalismus überwindet, völlig unglaubwürdig geworden. Auch die DDR-Losung, den Lebensstandard der Bundesrepublik betreffend, *Überholen ohne einzuholen* rief im Westen wie im Osten nur noch Lachanfälle hervor.

Bis zum 13. August 1961 behelfen sich die ostdeutschen Betriebe im (kleineren) Havariefall mit Lieferungen aus den Westsektoren Berlins, indem dort in einer Wechselstube Ostmark (schwarz) getauscht und damit das Ersatzteil gekauft wurde.

Nachdem das Problem in der DDR-Führung erkannt war, gab es 1964 einen Vorschlag des damaligen 1. Sekretärs der SED-Kreisleitung Außenhandel, Alexander Schalck-Golodkowski, **neben** dem planwirtschaftlichen Außenhandel einen marktwirtschaftlichen Außenhandelsbereich zu schaffen. Dieser wurde aber erst 1965 - nach Chruschtschows Sturz im Oktober 1964 - von seinem Nachfolger Leonid Breschnew genehmigt und an eine Bedingung geknüpft.

### **Was hat das mit der sowjetischen Langzeitstrategie zu tun?**

Wie ausgeführt, planten die Sowjets mit einer Täuschungsoperation den gesteuerten Zerfall des sowjetischen sozialistischen Systems – um das Land einer Rehabilitation zuzuführen – bei verdeckter Beibehaltung imperialer Moskauer Ansprüche auf Weltherrschaft. Kein gewaltsamer Umsturz mehr durch Revolution der Arbeiterklasse im Westen – sondern Unterwanderung.

Herr Dr. Maaßen spricht vom ***Hineinwachsen des Westens in den Sozialismus.***

### **20 Maßnahmen der Sowjets - zur erfolgreichen Umsetzung der Langzeitstrategie.**

1. Schaffung einer marktwirtschaftlichen Struktur im DDR-Außenhandel - **neben** dem planwirtschaftlichen Außenhandel – für eine dauerhafte legale Finanzierung der Unterwanderung des Westens. 1966 wurde dafür der Bereich Kommerzielle Koordinierung (KoKo) im Ostberliner Außenhandelsministerium gegründet.

2. Ab 1967 gründete KoKo in Ostberlin, Westberlin, Westdeutschland und mehreren westeuropäischen Ländern Vertreterfirmen, die das Monopol auf Vermittlung von Geschäften westlicher Lieferanten in die DDR hatten. Deren bisherige (westliche) Vertreter waren damit obsolet geworden. Im monopolisierten Außenhandel der DDR gab es nun „Tochterfirmen“ in Westeuropa. Diese Firmen hatten überwiegend kommunistische Eigentümer im Westen und fast immer einen Gesellschafter aus Ostberlin, Manfred Seidel von

KoKo (Stellvertreter von Schalck-Golodkowski), der Treuhänder der DDR war.

3. Das Geschäftsmodell war wie folgt: Ein Außenhandelsbetrieb der DDR bestellte Ware bei einem Lieferanten im Westen. Er bezahlte mit Devisen, die die Staatsbank der DDR für den Import im Volkswirtschaftsplan bereitgestellt hatte. Nach Abwicklung des Geschäfts erhielt die KoKo-Vertreterfirma im Westen oder in Ostberlin eine Provision. Im Falle der Ostberliner Firma ging das Geld auf die Hausbank von KoKo, die Handelsbank.

4. Bei den Westfirmen wurde im Folgejahr der Gewinn an die Gesellschafter ausgeschüttet und auch in diesem Fall ging das Geld für den DDR-Treuhänder an die KoKo-Hausbank.

Bei Provisionen flossen etwa 3-5% der Vertragssumme von der Staatsbank der DDR über Zwischenstationen zur KoKo-Hausbank in Ostberlin. KoKo-Gelder unterlagen nicht der Revision durch das DDR-Finanzministerium, KoKo hatte seine eigene Revisionsabteilung.

5. Wie die Verwendung der durch die Provisionen erwirtschafteten Mittel in den Westfirmen für die Umsetzung der Langzeitstrategie erfolgte, entzieht sich meiner Kenntnis.

6. Bei der Abwicklung 1990 gab es etwa 120 KoKo-Firmen in Westeuropa und etwa 30 in der DDR! **Moskau hatte aus der Not der DDR eine Tugend gemacht und veranlasst, in westeuropäischen Ländern Brückenköpfe zur legalen Finanzierung der Unterwanderung zu schaffen.**

7. Im Jahr 1967 erfolgte durch den späteren Gründer und Präsidenten des Club of Rome die Abstimmung mit den Sowjets zu Zielen und Statut des Clubs. Bis 1992 waren immer KGB-Generäle (unter Legende) ordentliche Mitglieder des Clubs.

**8. Der Kampf um das Klima (als übergeordnetes Ziel der Gesellschaft) ersetzte sukzessive die Ideologie vom Klassenkampf Marx'scher Prägung. Vom Kampf gegen Ausbeuter (Besitzer der Produktionsmittel) zum Kampf um den Klimaschutz und gegen Klimaleugner.**

9. Im Jahr 1972 erfolgte die Gründung des Instituts für angewandte Systemanalyse in Laxenburg bei Wien gemeinsam mit den USA, ab 1976 mit einer Außenstelle in Moskau.

Ab 1982 begann in beiden Instituten die Ausbildung von sowjetischen Politikern für die Zeit nach der Perestroika (auch sie war ein Bestandteil der Langzeitstrategie).

<https://iiasa.ac.at/about-iiasa/institute/history>

10. Schon im Jahr 1987 sollte **mit dem Mauerfall** ein nächster Schritt bei der Umsetzung der Langzeitstrategie unternommen werden – jedoch war Erich Honecker dagegen.

<https://www.spiegel.de/spiegel/vorab/gorbatschow-und-schewardnadse-wollten-frueheren-mauerfall-a-1000505.html>

11. Darum musste 1989 die Mauer in einer geheimdienstlichen Aktion geöffnet werden

<https://operation-ljutsch.de/band-2.html> - defacto ein von den Sowjets initiiertes Staatsstreich. Parallel dazu musste für die Begründung des Mauerfalls durch die Medien die "Gruppe der Verantwortlichen" formatiert werden, die "friedlichen Revolutionäre".

12. Nach der Auflösung der Sowjetunion Ende 1991 wurde 1992 in den Nachfolgestaaten die Privatisierung des Staatseigentums eingeleitet, die „Partei der Arbeiterklasse“ mit ihrer Ideologie und Strukturen landete auf dem Müll der Geschichte und aus ehemaligen Funktionären wurden Oligarchen, die wieder die kapitalistische Marktwirtschaft einführten. Im Jahr 1995 waren in Russland etwa 75% der Oligarchen Juden, bei einem Anteil der jüdischen Bevölkerung von weniger als 1% an der Bevölkerung der Sowjetunion. 1991 betrug die Bevölkerung etwa 293 Mill. Menschen. Bereits 1988 hatten US-amerikanische und israelische Finanzoligarchen begonnen, über die Rabbinat in der Sowjetunion Kontakte zu jungen jüdischen Wissenschaftlern und Funktionären zu etablieren, um sie dann in der Privatisierung mit USD Krediten zu versorgen und so verdeckt an der Privatisierung teilzunehmen.

13. Diese Transformation verlief ähnlich im gesamten sowjetischen Machtbereich, mit Ausnahme der DDR, die mit der BRD vereinigt wurde und wo man alles DDR-Typische abwickelte und westdeutsche Oligarchen und Beamte ehemaliges Volkseigentum und Leitungsfunktionen übernahmen. DDR-Bürger konnten aufgrund des Fehlens von Kapital nur in ganz geringem Umfang an der Privatisierung teilnehmen.

***Das einstige Volkseigentum ist zu 85 Prozent an Westdeutsche, zu 10 Prozent an internationale Investoren und nur zu knapp 5 Prozent an Ostdeutsche übertragen worden*** schreibt der MDR auf seiner Website <https://www.mdr.de/geschichte/ddr/deutsche-einheit/treuhand/betriebe-verkauf-volkseigentum-100.html>.

Warum? Der Grund war aus ideologischen Gründen die Lohnspreizung in der sozialistischen DDR von etwa 1:10 (Verhältnis geringster zu höchstem Lohn) und dass es kaum Privateigentum an Produktionsmitteln gab.

Zum Vergleich BRD: 2018 erhielt der Postchef 232 x soviel wie seine Mitarbeiter.

<https://www.zeit.de/wirtschaft/2018-07/dax-konzerne-gehalt-einkommensgerechtigkeit>

14. In den Nachfolgestaaten der UdSSR war die Privatisierung ein PR-Coup, die Filetstücke gingen jedoch an Funktionäre und westliche Finanzoligarchen – für den sprichwörtlichen Appel und'n Ei. Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR wurden die ab 1945 enteigneten Bürger bzw. deren Erben größtenteils wieder in ihre Eigentumsrechte eingesetzt (Restitution).

15. Im Jahr 1966 befahl Leonid Breschnew die sowjetische Langzeitstrategie der Unterwanderung des Westens und die Vorbereitung der Abwicklung des Staatssozialismus. In der Sowjetunion begann mit Breschnews Machtantritt eine Phase des sinkenden Wirtschaftswachstums, des zunehmendem technologischen Abstands zum Westen und einer landesweiten Korruption. Stagnation, wohin man schaute. War diese Politik Breschnews so geplant, um den Massen die Begründung für die Notwendigkeit der Abwicklung des Staatssozialismus glaubhaft zu machen?

**16. Hätte es auch eine friedliche Abwicklung der Sowjetunion geben können - ohne erlebte Stagnation und Niedergang über 20 Jahre? Konnte der Wunsch der Massen nach etwas Neuem nur auf diese Weise verwirklicht werden? Hat dies den Weg für den friedlichen Abriss des Staatssozialismus geebnet?**

17. Drei Jahre nach Breschnews Tod ging 1985 mit Gorbatschows Machtantritt und seiner Perestroika diese Stagnation in die Phase der Abwicklung des Staatssozialismus über und ermöglichte den Amerikanern nach Auflösung der Sowjetunion Ende 1991 sowie des osteuropäischen Staatssozialismus die weltweite Umsetzung der Globalisierung – auch in den Nachfolgestaaten der UdSSR und im Ostblock.

18. Das geschah 25 Jahre später, nach Vorstellung der Langzeitstrategie auf der Warschauer Pakt Tagung durch Breshnew. Henry Kissinger bezeichnete den Begriff *Globalisierung* als ein anderes Wort für US-Herrschaft – mir aber scheint, sie war lediglich ein notwendiger Zwischenschritt für die Errichtung der Neuen Weltordnung (NWO), auch Kommunismus genannt. Jetzt geht mit den über 35.000 Sanktionen gegen Russland und Trumps Zollkrieg auch die Globalisierung ihrem Ende entgegen.

**19. Eine schlimmer Verdacht drängt sich auf: Ist die, seit der Übernahme der DDR zu beobachtende Stagnation, Deindustrialisierung und Verarmung breiter Massen in Deutschlands eine geplante Vorstufe für die kommende Transformation zur NWO? Breschnew 2.0?**

20. Die sozialistischen Ideen der neuen Regierung lassen Schlimmes befürchten.

**Wird die Mittelschicht geschröpft und versinkt dann in der Unterschicht?**

**Schauen Sie sich in Ruhe die Grafik an.** Viele gegenwärtige Politiker Deutschlands wurden durch die beschriebene Unterwanderung sozialistisch geformt; sie waren seit den 1980er Jahren Maoisten, Führungskräfte von Gewerkschaften, DKP, SPD-Jugendorganisation oder den von Ostberlin bis 1990 gepamperten Grünen.

Die Ost-Linken, ehemals SED, stellten im Bundesland Thüringen von 2014 bis 2024 den Ministerpräsidenten – einen früheren westdeutschen Gewerkschaftsfunktionär.

Da es in Ostdeutschland nach 1990 aufgrund der Verstrickung von Politikern mit der Stasi für sie ein weitgehendes Berufsverbot gab, konnten sich westdeutsche Politiker profilieren. Zeigt sich jetzt die Weitsicht der Planer der Langzeitstrategie?

### **Verteilung des Geldvermögens 2024 in Deutschland Nach Haushalten (HH) - gerundet**

	Anzahl HH absolut gesamt	Geldvermögen gesamt	Anteil Geldvermögen je Schicht	Anteil Geldvermögen je Haushalt in Euro
	40.000.000	9.000.000.000.000		225.000
<b>Oberschicht</b>	4.000.000	davon 70%	6.300.000.000.000	1.575.000
<b>Mittelschicht</b>	16.000.000	davon 29%	2.610.000.000.000	163.125
<b>Unterschicht</b>	20.000.000	davon 1%	90.000.000.000	4.500
<b>Summe</b>	40.000.000	100 %	9.000.000.000.000	

<https://www.bundesbank.de/de/presse/presenotizen/geldvermoegensbildung-und-aussenfinanzierung-in-deutschland-im-dritten-quartal-2024-945458>

## **Fazit: Ein wachsendes Wählerpotenzial der Unterschicht für die Linksparteien.**

Die sowjetische Langzeitstrategie wird beschrieben im Buch ***Von Anfang und Ende der Globalisierung***, erschienen im März 2024 bei Kindle/Amazon (360 Seiten) und im Auszug

***Ein Rückblick nach 35 Jahren*** (148 Seiten), erschienen am 2. September 2024 bei BOD und ist damit im deutschsprachigen Buchhandel erhältlich. Mehr dazu:

<https://www.1989mauerfall.berlin/>

Die englische Fassung des Buches ***Ein Rückblick nach 35 Jahren*** soll unter dem Titel ***Berlin 1989 - The Launch of Soviet Long-Term Strategy*** Ende Mai 2025 bei Kindle/Amazon erscheinen.

Anmerkung: Als Außenhändler war ich von 1986-1990 Mitarbeiter von KoKo und ausgeliehen an das Verbindungsbüro eines US-Konzerns im Ostberliner Internationalen Handelszentrum (IHZ).

Ende 1990 wurde ich vom Konzern übernommen und zum Aufbau des Verbindungsbüros in die Sowjetunion delegiert, wo ich bis Ende 1997 arbeitete.

Michael Wolski  
13.04.2025

[Autor@1989Mauerfall.Berlin](mailto:Autor@1989Mauerfall.Berlin)